

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern

**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern

**Band:** 79 (1996)

**Artikel:** Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995

**Autor:** Junker, Beat

**Kapitel:** 5: Kultur und Bildung

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1070982>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## V. KAPITEL

---

### KULTUR UND BILDUNG

#### 1. BERN VERLIERT DEN KAMPF UM DAS LANDESMUSEUM

Wie anderswo lagerten auch in Bern manche historische Sehenswürdigkeiten wie Waffen, Banner, Gemälde und archäologische Funde, und von 1837 an bemühte sich eine «Antiquarische Gesellschaft», die vor allem aus Patriziern bestand, solche Gegenstände zu sammeln und einer weiteren Öffentlichkeit zu zeigen. Aber das Echo blieb gering, und nach vielen Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Ausstellungsräumen löste sich die Vereinigung gut zwanzig Jahre nach ihrer Gründung wieder auf. Immerhin gab es beim heutigen Casinoplatz noch die Bibliotheksgalerie, wegen ihres bekanntesten Schaugutes aus dem Bereich der Ornithologie im Volksmund die «Vögelbibliothek» genannt. Sie barg ebenfalls Ur- und Frühgeschichtliches, etwa die Bronzefunde von Muri mit der berühmten römischen Dea Artio und Objekte zur sogenannten Pfahlbauzeit vom Moossee und von den Seen am Jurasüdfuss.

So hatten sich im Laufe der Zeit namhafte Altertümer angesammelt, die zusätzlichen Raum verlangten. Es bedurfte aber äusserer Anstösse, um die Bestrebungen für ein historisches Museum in Bern zu beleben. Zum einen gingen sie aus vom wohlhabenden Berner Kunstmfreund Friedrich Bürki (1819–1880), der von 1850 bis 1862 dem Grossen Rat angehörte und sich nachher vor allem seiner Kunstsammlung widmete. Namentlich Familien und Kirchengemeinden hatten ihm Wertvolles wie Kelche oder Glasmalereien für einen bescheidenen Preis abgetreten, teils um Geld zu gewinnen, teils in der festen Überzeugung, der Junggeselle Bürki werde diese Güter spätestens auf seinen Tod hin einer öffentlichen Sammlung zuleiten, sie damit der Heimat erhalten und vor dem Zugriff fremder Händler und Sammler schützen. Friedrich Bürki selber hatte im Gespräch die Absicht geäussert, in Bern ein historisches Museum zu errichten

und auch später noch zu fördern. Es könnte dann Bedeutung über den Kanton hinaus erlangen und zum eigentlichen Landes- oder Nationalmuseum werden, wie es auch andere Staaten geschaffen hatten.

Gross war daher die Enttäuschung, als Bürki am 3. August 1880 durch Selbstmord starb und sein Testament keine Bestimmungen über seine Kunstsammlung enthielt. Anscheinend hatte er in der Angst vor dem Dahinschwinden seiner körperlichen und geistigen Gesundheit nicht mehr die Kraft gefunden, diese Angelegenheit zu regeln. Damit fielen seine Schätze an die nächsten Verwandten, zwei Neffen, die sie in Basel versteigerten und nicht bereit waren, ehemalige Geber ihren einstigen Besitz zu einem Vorzugspreis zurückkaufen zu lassen. Immerhin sammelten Berner mehr als 50 000 Franken, mit denen sie an der Auktion einiges für ihre Vaterstadt zurückgewinnen konnten. Viel anderes aber wanderte ins Ausland und war für Bern auf immer verloren<sup>33</sup>.

1877 entstand an der Waisenhausstrasse (der heutigen Hodlerstrasse) ein Neubau der Burgergemeinde für die naturwissenschaftlichen Sammlungen. Das gab die ganze «Vögelibibliothek» frei für ein historisches Museum, das im Mai 1881 eröffnet wurde. Kurz vorher hatte der Zürcher Kunsthistoriker und Nationalrat Salomon Vögelin vorgeschlagen, es sei ein schweizerisches Nationalmuseum zu schaffen, wie es schon die Helvetik angeregt hatte. Er sah seinen Platz in Bern und hoffte, die bestehenden Museen aus den übrigen Kantonen würden der neuen Institution ihre Bestände zum Teil abtreten. Zwar drang Vögelin vorerst nicht durch, aber das Nachspiel um die Sammlung Bürki gab seinen Ideen neuen Auftrieb, ebenso die Landesausstellung in Zürich 1883, die in einer besonderen Abteilung «Alte Kunst» darauf hinwies, wieviel Kulturgut unser Land noch berge. Das Museum kam vorderhand nicht zustande, doch bewilligten die eidgenössischen Räte 1886 wenigstens einen jährlichen Kredit von höchstens 50 000 Franken «zur Erhaltung und Erwerbung vaterländischer Altertümer».

Schon kurz zuvor war an Bundesrat Schenk, den Chef des Departements des Innern, ein Geschäft aus dem Bereich der Urgeschichte herangetragen worden. Der Arzt Dr. Victor Gross in Neu-

enstadt hatte während der Juragewässerkorrektion rund 6000 Gegenstände aus der «Pfahlbauzeit» zusammengekauft, die zum Teil an den Weltausstellungen von Wien 1873 und Paris 1878 gezeigt worden waren und die er nun der Eidgenossenschaft für 60 000 Franken anbot, obwohl angeblich aus dem Ausland höhere Offerten vorlagen. Im Dezember 1884 stimmten National- und Ständerat dem Geschäft zu. Neuenburg, Neuenstadt, Genf, Lausanne, Bern und Biel bewarben sich als Standorte für die Sammlung; aber um für die laufende Diskussion über ein Landesmuseum nichts zu präjudizieren, wies man die Funde nicht einem bestehenden Museum zu, sondern stellte sie im obersten Stock des Bundesratshauses (des heutigen Bundeshauses West) aus, wo sie vom Publikum kaum beachtet wurden.

Derartige Käufe, aber auch Schenkungen Privater, weckten den Ruf nach einem schweizerischen Nationalmuseum von neuem. Im Sommer 1890 beschlossen die eidgenössischen Räte seine Errichtung, liessen aber dabei die Sitzfrage noch offen. Im Kampf um den Standort rivalisierte Bern mit Basel, Luzern und Zürich. Genf hatte ursprünglich ebenfalls Interesse gezeigt, dann aber kein verbindliches Angebot eingereicht. Bern schien vorzüglich für den Kampf gerüstet. Bereits im Frühjahr 1888 hatten sich Kanton, Burgergemeinde und Einwohnergemeinde der Stadt Bern zusammengefunden und – unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen Stellen der drei Partner – eine gemeinsame Stiftung «Schweizerisches Nationalmuseum» errichtet, deren Kosten die Burgergemeinde ungefähr zur Hälfte, Einwohnergemeinde und Kanton je ungefähr zu einem Viertel tragen sollten. Ein Areal für das Museumsgebäude war vorgesehen «am Helvetiaplatz bei der Kirchenfeldbrücke».

Die Ratifikation durch den Grossen Rat geschah am 1. Februar 1889 nicht ganz einstimmig, obwohl Erziehungsdirektor Gobat und andere freisinnige Prominente wie Regierungsrat Scheurer, der Berner Stadtpräsident Eduard Müller oder «Eisenbahnbaron» Eduard Marti sich dafür einsetzten und sogar konservative Jurassier wie Ernest Daucourt und Casimir Folletête die Vorlage empfahlen. Spielverderber war Ulrich Dürrenmatt, der föderalistische und fi-

nanzielle Bedenken vorbrachte, aber nur drei weitere Gleichgesinnte fand, während 177 Grossräte zustimmten.

Berns Chancen schienen gut, um so mehr, als ihm eine Expertenkommission von drei ausländischen Museumsdirektoren im Oktober 1890 nach einer kurzen Besichtigungsreise den Vorzug gab. Dennoch trat ein, was im Berner Grossen Rat noch als «unmöglich» bezeichnet worden war: nach langem Hin und Her entschieden sich National- und Ständerat im Sommer 1891 für Zürich und gegen Bern. Basel und Luzern waren schon früher aus dem Rennen gefallen.

Aber Bern gab nicht klein bei, hatte doch schon 1889 die Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat behauptet: «Auch wenn die Eidgenossenschaft [...] einem anderen Kanton den Vorrang gibt, wird doch jeder Schweizer das Museum in Bern für das schweizerische Nationalmuseum ansehen.» So entstand der geplante Neubau trotz allem und öffnete unter dem Namen «Bernisches Historisches Museum» seine Tore im Herbst 1894, vier Jahre früher als das Landesmuseum in Zürich. Dessen erster Direktor wurde Heinrich Angst aus Zürich, der vor und hinter den Kulissen am eifrigsten gegen den Standort Bern gekämpft hatte. Der Nachwelt mag es wie eine heimliche Rache Berns vorkommen, dass Angst dann die Ausschmückung des Waffensaals in «seinem» Zürcher Haus durch Ferdinand Hodler nicht verhindern konnte und von 1900 an die ihm verhassten Marignano-Fresken des Berners stets vor Augen haben musste<sup>34</sup>.

## 2. DAS JUBILÄUM VON 1891

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden in der Eidgenossenschaft und in Bern grosse historische Jubiläen fällig, die man nun in einem ganz anderen Stil feierte als noch 1853 die Erinnerung an den Beitritt Berns zum Bund der Waldstätten. Damals war die konservative Regierung Blösch am Ruder gewesen, die sich augenfällig darum bemüht hatte, Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit und Bundestreue bei den radikalen Mitschweizern zu zerstreuen. Bei allem Aufwand war

der Rahmen eher einfach geblieben, schon nur, weil zu jener Zeit die Eisenbahn Bern noch nicht erreicht hatte.

Doch dann setzte 1886 die 500-Jahr-Feier der Schlacht bei Sempach neue Zeichen und Massstäbe. Sie war geprägt durch das Abflauen des Kulturkampfs und die wachsende Integration einer jüngeren Generation katholischer konservativer Politiker in den Bundesstaat. Ein grosses Festspiel und andere Monumentalveranstaltungen suchten breite Massen zu packen und in einem Europa der Nationalstaaten zu Liebe und Stolz für die Heimat und ihre politischen Institutionen zu erziehen.

Das Gedenken an den 550. Jahrestag der Schlacht bei Laupen hatte sich in Bern 1889 noch in überliefelter, eher schlichter Art auf einige Ansprachen beschränkt. Vielleicht dämpfte auch der eben aufgebrochene Gelehrtenstreit über die Frage, ob Rudolf von Erlach 1339 tatsächlich die Berner angeführt habe und der Held des Tages sei, die Lust nach grösseren Festlichkeiten.

Im Sommer 1891 kamen sich dann zwei Jubiläen zeitlich in die Quere: 600 Jahre waren verflossen seit der Entstehung des Bundesbriefes von 1291, 700 Jahre seit dem überlieferten Gründungsdatum der Stadt Bern. Ein Zusammenlegen der Feiern verbot sich, weil Bern auf ein Prestige-Ereignis nicht verzichten mochte, die betonte Integration politischer Minderheiten in den Bundesstaat aber nach patriotischen Grossanlässen in der Innerschweiz rief. So gedachte man des Bundesbriefes anfangs August in Schwyz, während Bern auf Mitte August auswich.

Streng genommen betraf das Jubiläum nur die Stadt Bern, und ihre Einwohnergemeinde und die Burgherrschaft sollten die Hauptlast tragen. Doch galt das Fest «dem ganzen bernischen Land und dem, was es geworden ist». Deshalb bewilligte der Grosse Rat einstimmig und fast ohne Diskussion einen Kantonsbeitrag von 40 000 Franken für eine Feier, «wie sie die Schweiz jedenfalls noch nie gesehen hat». Nicht einmal Ulrich Dürrenmatt kämpfte dagegen. Denn er meinte – ohne Illusionen über den Erfolg seiner Mahnungen – analog zur Verbrüderung in der Eidgenossenschaft nach dem Sempacher Tag von 1886 müsste der Freisinn nach 1891 auch in Bern die Minderheit besser zum Zuge kommen lassen. Vor allem aber begrüsste er, «dass

man sich mit dieser Feier wieder einmal zu einem erhebenden Schritt aufrafft, der die Lebensfähigkeit des bernischen Staatslebens beweisen soll. Würden wir keine kantonale Subvention bewilligen, so würde man wahrscheinlich noch die Bundesbehörden anbetteln, was doch wahrhaftig die grösste Demüthigung wäre.»

Kurz nach dem Entscheid gegen Bern in der Museumsfrage, am Freitag, den 14. August 1891, füllten am späten Nachmittag Ehrengäste als Vertreter von Bund, Kantonen und Stadt Bern das Münster und hörten bei der Eröffnungsfeier eine Rede von Regierungsrat Edmund von Steiger und die «Fest- und Gedenksprüche» von Johannes Brahms, also eines zeitgenössischen Komponisten aus dem Ausland, der immerhin mit Bern mannigfach verbunden war.

Die Bühne für das Festspiel erinnerte in ihrem Umriss an eine mittelalterliche Burg und hätte mit ihren gewaltigen Massen in der historischen Altstadt keinen Platz gefunden. Deshalb baute man sie im eben erst erschlossenen Kirchenfeld auf, am Rande des Dählhölzliwaldes (wo heute noch Namen wie Jubiläumsstrasse und Jubiläumsplatz an den Anlass erinnern). Damit war zugleich ange deutet, die Feier gelte nicht bloss Berns Vergangenheit, sondern auch seiner Gegenwart und seiner künftigen Entwicklung. Anders als 1853 der Umzug, brach nun das Spiel nicht beim «Heldenzeitalter» der Eidgenossenschaft ab, sondern führte über das Debakel von 1798 bis zu Berna und Helvetia als Heroinnen und Mahnerinnen von 1891. Die beiden Aufführungen am Vormittag des Samstags und des Sonntags packten Zehntausende von Zuschauern, und der Autor des Textes, Pfarrer Heinrich Weber von Höngg, der schon das Sempacher Festspiel von 1886 verfasst hatte, und der Komponist der Festspielmusik, Musikdirektor Carl Munzinger in Bern, wurden zu Ehrenbürgern ernannt, desgleichen Oberbibliothekar Emil Blösch für seine Leistungen als Historiker. Munzinger erhielt zudem den Ehrendoktor der philosophischen Fakultät der Berner Hochschule.

Auf dem Festgelände gleich neben der Bühne unterhielten am Samstag ein Jugendfest und am Sonntag ein Volksfest das Publikum. Den krönenden Abschluss sollte am Montagvormittag ein historischer Umzug durch die Altstadt bilden, er war aber bereits über

schattet von einem Eisenbahnunglück im Vorort Zollikofen, das 17 Tote forderte.

Das Jubiläum von 1891 erinnerte an die Gründung der Stadt, doch wollten die Organisatoren auch das Landvolk einbeziehen. Zudem betonten sie, es müssten «die Frauen und die Jugend [...] als integrierender Bestandtheil unserer Kulturentwicklung die gebührende, hervorragende Stellung» erhalten. In ihren Ansprachen riefen die Festredner dann aber doch nur Mannesmut, Mannestreue und alte Mannskraft an oder beschworen Gedanken, welche die Männerbrust schwelten.

Gegensätze zwischen Wirtschaftsgruppen und Gesellschaftsschichten wurden in den offiziellen Ansprachen kaum angetönt oder höchstens in allgemeinen, unverbindlichen Formulierungen. Auch die Spannungen zwischen Altbern und dem jurassischen Landesteil zeigten sich bloss in Nebenpunkten. So hatte zum Beispiel Professor Virgile Rossel die sogenannte kleine Festschrift – Wolfgang Friedrich von Mülinens «Geschichte Berns von 1191 bis 1891» – ins Französische übersetzt, doch blieben mehr als zwei Drittel der Auflage unverkauft. Und im kleinen Kreis des Abschiedsbanketts für die Ehrengäste führte der alte Haudegen Grossrat Casimir Folletête aus Pruntrut eine klare Sprache. Zwar freue sich der Jura zusammen mit Bern, aber er wolle seine «individualité jurassienne» behalten: «Le peuple bernois sentira mieux le devoir de la justice et de l'équité. Il comprendra qu'il y a des droits qui ne peuvent être atteints par des coups de majorités.» Am Patriotismus der Schweizer Katholiken gebe es keine Zweifel; schliesslich seien ja auch die vielgepriesenen Helden von Laupen und Murten Katholiken gewesen. Folletête betonte also die Eigenart des Juras. Aber er argumentierte noch von der Konfession her, nicht von der Sprache und vom Kulturbewusstsein, wie später die Separatisten des 20. Jahrhunderts.

Die Berner Festlichkeiten von 1891 wandten sich vor allem an ein volkstümliches Geschichtsinteresse. Für die Historiker vom Fach blieb der Ertrag eher bescheiden. Eine voluminöse Festschrift fasste den Stand der Forschung – namentlich zu Themen der stadtbermischen Geschichte – übersichtlich zusammen, und im zeitlichen Umfeld des Jubiläums wurden früher begonnene Publikationsreihen

gefördert, so die Urkundensammlung der «Fontes rerum bernensium» oder die Edition bernischer Chroniken. Harziger verlief – nach einem guten Beginn 1884 – die Fortsetzung der «Sammlung bernischer Biographien». Am gewichtigsten für die Geschichtspflege war wohl die Schaffung der Stelle eines vollamtlichen Staatsarchivars 1891, die freilich ebenso sehr organisatorisch-administrative Verbesserungen anstrebte wie die Förderung der historischen Wissenschaft<sup>35</sup>.

Als erste Denkmäler im heutigen Sinne des Wortes waren in der Stadt Bern 1847 und 1849 die Statuen Berchtolds V. von Zähringen und Rudolfs von Erlach errichtet worden. Ein neues Monument von ähnlicher Bedeutung erstand erst wieder kurz vor der Jahrhundertwende, als ein Initiativkomitee einen Wettbewerb für ein Bubenberg-Denkmal ausschrieb. Es erhielt bis im Sommer 1891 über zwanzig Entwürfe, zum grossen Teil von namhaften Künstlern, wie von Richard Kissling, dem Schöpfer des Altdorfer Tell-Denkmales, oder von Karl Stauffer, der im Januar 1891 starb, noch bevor die Jury entschieden hatte. Diese legte Wert darauf, dass Adrian von Bubenberg auch als Staatsmann zur Geltung komme und nicht bloss als Krieger. Deshalb fanden Arbeiten keine Gnade, die Bubenberg in Rüstung samt Helm zeigten, wie das Reiterstandbild von Alfred Lanz, für das sich ein besonderer Ausschuss mit vielen Flugblättern und Zeitungsartikeln einsetzte. Ausgeführt wurde das Projekt von Max Leu. Von seiner Enthüllung im Sommer 1897 an stand es bis 1930 vor dem Burgerspital. Dann musste es vor dem wachsenden Verkehr an seinen jetzigen Ort am Nordende des Hirschengrabens weichen<sup>36</sup>.

Anders als beim Jubiläum von 1853 gaben 1891 in Stadt und Kanton Bern die gleichen Kräfte den Ton an wie im Bund, nämlich die Freisinnigen. So brauchte kein Magistrat mehr um Verständnis für Berns Sonderstellung zu werben wie seinerzeit Eduard Blösch. Vielmehr sonnte sich Bern im Glanze seines Prestiges in der Eidge-nossenschaft und überspielte mit dem Beschwören seiner glorreichen Vergangenheit den Rückgang seiner Bedeutung besonders für die Wirtschaft der Schweiz. Innerbernisch war der frühere Gegen-satz zwischen Stadt und Landschaft zwar weitgehend abgeklungen,

aber der Jubel von 1891 täuschte nicht darüber hinweg, dass mehr die Stadt Bern feierte als das gesamte bernische Staatswesen.

### 3. DER KAMPF UM DIE HÖHERE BILDUNG IM KANTON BERN

Für den höheren Unterricht sah ein Gesetz von 1856 zwei Kantons-schulen vor, von denen die eine in Pruntrut gedieh, während jene in Bern unter der Konkurrenz anderer Schulen in der Stadt litt, namentlich der Realschule, welche auf Studien vorbereitete, die nicht die Kenntnis alter Sprachen voraussetzten, und der privaten evangelischen sogenannten Lerberschule, des späteren Freien Gym-nasiums. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Kanton und der Stadt Bern wurde die Kantonsschule in Bern durch ein Gesetz von 1877 aufgehoben und zusammen mit der Realschule überge-führt in das 1880 gegründete Städtische Gymnasium Bern, das 1885 einen imposanten Neubau am Waisenhausplatz bezog. Die Litera-turabteilung leitete seit 1886 Georg Finsler, ein aus Zürich berufener Altphilologe mit internationalem Ansehen.

Für die Mädchen, bei denen bis kurz vor 1900 der Besuch des Gymnasiums noch nicht üblich war, bestanden die private evange-lische Neue Mädchenschule und die Mädchensekundarschule, die zur Hauptsache von der Einwohnergemeinde Bern getragen wurde. Ihre Vorläuferin hatte der Dichter Josef Viktor Widmann geleitet. Als er 1880 als zu freigeistig nicht mehr wiedergewählt wurde, wechselte er hinüber in die Feuilletonredaktion des «Bund», wo er drei Jahrzehnte lang wirkte und sein eigentliches Lebenswerk schuf. Ausserhalb der Stadt Bern gab es um die Jahrhundertwende im alten Kantonsteil Gymnasien nur in Burgdorf, seit 1872, und in Biel. Hier hatte bereits von 1817 an eine Schule bestanden, die den Anschluss an akademische Studien vermittelte, doch wurde sie 1836 auf ein Progymnasium zurückgestuft und stieg erst 1902 wieder zum alten Rang auf.

Schon bald nachdem Albert Gobat 1882 die Erziehungsdirektion übernommen hatte, brach eine harte Auseinandersetzung um die

Gymnasien und um die Rolle der alten Sprachen an ihnen aus. Die Beteiligten trugen den Kampf in Zeitungsartikeln, Flugschriften und parlamentarischen Vorstössen mit aller Schärfe vor der Öffentlichkeit aus, wobei sie ebenso um Sinn und Stundenzahlen einzelner Fächer stritten wie um die Kompetenzen kantonaler und städtischer Behörden.

Gobat entwarf Ende 1885 einen neuen Unterrichtsplan für die Gymnasien, obwohl der bisherige erst sechs Jahre alt und noch nicht an allen Schulen voll eingeführt war. Der Erziehungsdirektor glaubte, die Schüler seien überlastet, und wollte daher an der Literarabteilung des Gymnasiums Latein und Griechisch massiv einschränken und dafür moderne Sprachen und Naturwissenschaften begünstigen, welche eher den Bedürfnissen der modernen Zeit entsprächen. «Wir halten namentlich dafür, dass der Unterricht in den alten Sprachen, wie er eingerichtet ist, einen ganz verderblichen Einfluss auf die Studien ausübt. Er wird viel zu früh angefangen; es wird ihm zu viel Zeit eingeräumt und er wird nicht zweckmäßig ertheilt.» Tatsächlich begann damals der Unterricht für Latein in der untersten oder zweituntersten, für Griechisch in der drittuntersten Klasse des Progymnasiums, und ein Gymnasiast brachte 51 Jahresstunden für Latein und 34 für Griechisch hinter sich.

Gegen die Pläne der Erziehungsdirektion wehrte sich vor allem Finsler, und er fand Helfer auch in Gobats eigener Partei. So suchte Fritz Bühlmann aus Grosshöchstetten, einer der einflussreichsten Freisinnigen vom Lande, die Neuerungen durch eine Motion hinauszögern; doch schliesslich gewann Gobat den Gesamtregierungsrat für sein Vorhaben, und im Januar 1890 trat ein Unterrichtsplan in Kraft, der das Obligatorium für den Griechischunterricht an der Literarabteilung aufhob. An die Stelle dieser Sprache konnten Englisch oder Italienisch treten. Damit war die bisherige Einheit des humanistischen Unterrichts gebrochen, und es entstanden Mischformen zwischen klassischer und naturwissenschaftlicher Richtung, wie sie dem Schwanken des Zeitgeistes zwischen alten und neuen Bildungsidealern entsprachen.

Finsler war in diesem Kampf unterlegen, aber er zog sich nicht aus Bern zurück, trotz Berufungen an Gymnasien oder an die

Universitäten Zürich und Basel. Schon früh war der Zürcher ein Stück weit «verbernert». Er feierte das Stadtjubiläum von 1891 nicht weniger begeistert als Alteingesessene, und er widmete dem Festspiel dafür sogar eine wissenschaftliche Arbeit. Seinem Bemühen dankte die Zunft zu Metzgern, indem sie ihn zum Ehrenburger ernannte. Gesellige Erholung und geistige Anregung fand er bis zu seinem Tod 1916 in der «Literarischen Gesellschaft», die er 1889 gründete und nur seinen Freunden und Vertrauten öffnete.

Von 1893 an nahm das Städtische Gymnasium in Bern auch Schülerinnen auf. Von einem besonderen Mädchengymnasium mochte aber die städtische Bürgerschaft in einer Volksabstimmung von 1920 nichts wissen. Bewilligt wurde dagegen ein Neubau am Rande der Stadt, im Kirchenfeld, in dem von 1926 an auch die grösser gewordene Zahl von Schülern Platz fand<sup>37</sup>.

Nicht der Erziehungsdirektion, sondern der Direktion des Inneren und ihrer Abteilung Volkswirtschaft wurde das Technikum unterstellt, das der Kanton am Ende des 19. Jahrhunderts gründete, ähnlich wie es zuvor der Kanton Zürich in Winterthur getan hatte. Die Anregung dazu war von einer Eingabe des kantonalen Gewerbeverbandes und einer Motion des Stadtberner Grossrates Demme ausgegangen, die 1887 kaum Widerstand fanden. Als Standort dachte man vorerst an Bern, doch empfahl sich auch Biel, das im Mai 1890 auf eigene Faust seine Zeichnungs- und Uhrmacherschule in ein von der Gemeinde getragenes westschweizerisches Technikum umwandelte.

Der Gesetzesentwurf für eine entsprechende kantonale Anstalt beschränkte sich auf 11 Artikel und liess die Sitzfrage offen. So ging er im Grossen Rat fast ohne Diskussion durch, und am 26. Oktober 1890 stimmte ihm das Bernervolk mit 34 000 Ja gegen 13 000 Nein ebenfalls zu. Auch der Jura nahm deutlich an. Von den Amtsbezirken lehnten einzig Schwarzenburg und Trachselwald ab.

Über den Standort entschied im März 1891 der Grosse Rat ohne öffentliche Diskussion und in geheimer Abstimmung, so dass nicht volle Klarheit herrscht über die Zugkraft der Argumente, mit denen sich die Städte Bern, Biel und Burgdorf empfohlen hatten. Überra-

schend schlugen im ersten Wahlgang Biel und Burgdorf mit je 91 Stimmen Bern, das bloss 63 erreichte und damit ausschied. In der zweiten Runde gewann dann Burgdorf gegen Biel mit 135 zu 112 Stimmen. Das war eine Schlappe namentlich für die Stadt Bern und für das Bestreben, höhere Schulen möglichst am Kantonshauptort zusammenzufassen. Der Sinneswandel zugunsten von Burgdorf war spät gekommen. Noch in der zweiten Lesung hatte just ein Burgdorfer Grossrat – in der Annahme, das Technikum falle Bern zu – eine höhere Kostenbeteiligung der Sitzgemeinde durchgesetzt als ursprünglich vorgesehen.

Unterlegen war auch Biel, doch blieb sein westschweizerisches Technikum bestehen, ja es wurde von mehr Schülern besucht als jenes in Burgdorf, das 1892 den Betrieb aufnahm. Schliesslich fand sich der Staat Bern 1910 damit ab, die Schule in Biel selber zu übernehmen und in «Kantonales Technikum Biel» umzubenennen. So kam der Kanton innert kurzer Zeit unverhofft gleich zu zwei höheren technischen Lehranstalten. Die Niederlage Berns in der Standortfrage bedeutete für die Stadt eher einen Verlust an Prestige als einen echten, gewichtigen Nachteil. Aber sie zeigte doch, dass der Vorrang des Hauptortes nicht mehr allgemein anerkannt war und dass sich keine Partei geschlossen für seine Anliegen einsetzte<sup>38</sup>.

#### 4. DAS INTERNATIONALE BERN

Als Bern 1848 Bundesstadt wurde, hob diese Stellung seine Bedeutung und sein Prestige vor allem innerhalb der Eidgenossenschaft. Über die Landesgrenzen hinaus stieg dann seine Bekanntheit, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hier immer häufiger Konferenzen und Kongresse mit Delegierten aus den verschiedensten Staaten Europas stattfanden und internationale Ämter und Vereinigungen sich in Bern niederliessen. Die Initiative dafür ging jeweilen nicht von der Stadt oder vom Kanton aus, sondern von Bundesstellen oder Privaten. Kleinstaaten eigneten sich für derartige Anlässe oder Institutionen besonders, denn sie standen nicht im Verdacht,

damit verdeckte Machtpolitik zu betreiben. Für die Schweiz sprach zudem ihre zentrale Lage.

Fast von selber ergab sich aus der Entwicklung der Industrie das Bedürfnis nach gemeinsamen Normen für Post, Meldewesen, Eisenbahnen, Masse und Gewichte und den Schutz von Erfindungen. Die Suche danach setzte ein, noch bevor Deutschland und Italien sich zu Grossstaaten vereinigt hatten. Bereits für 1858 berichtete die Chronik des «Berner Taschenbuches» stolz über einen internationalen Telegrafenkongress in Bern mit dem Chef des eidgenössischen Post- und Baudepartements, Bundesrat Näff, als Präsidenten und Delegierten aus Frankreich, Sardinien, Belgien, Württemberg, Holland, Portugal, Baden und der Schweiz. «Es ist das erste Mal, dass eine europäische Angelegenheit auf schweizerischem Boden unter dem Vorsitze eines schweizerischen Staatsbeamten durch einen europäischen Congress berathen wird.»

1865 liess sich die internationale Union der Telegrafenverwaltungen in Bern nieder, 1874 der Weltpostverein, 1886 ein Büro für das geistige Eigentum und 1890 das Zentralbüro der internationalen Eisenbahntransporte.

Zu diesen internationalen Organisationen unter staatlicher Oberaufsicht kamen private, wie die «Ligue internationale de la Paix», die seit 1892 in Bern ein internationales Büro führte. Im selben Jahr eröffnete auch die interparlamentarische Union in Bern ein Büro. Dazu traten Vereinigungen, welche die Schaffung einer Weltsprache, etwa des Esperanto, anstrebten.

Im Bereich des Humanitären gewann Bern keine Organisation für sich, die Grösse und Bedeutung des Roten Kreuzes in Genf erreicht hätte, und internationale wissenschaftliche Kongresse tagten wohl bisweilen in Bern, doch ihre ständigen Organisationen liessen sich in den grossen Universitätsstädten Europas nieder.

Auch für die Sozialpolitik beherbergte Bern kein internationales Amt. Gleichwohl konnte die Stadt auf diesem Gebiet als ein Zentrum gelten. Denn hier berieten zwischen 1905 und 1913 dreimal gewichtige internationale Arbeiterschutzkonferenzen, und der Bundesrat unterstützte die 1900 gegründete «Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz» mit seinem diplomatischen Dienst.

Bern erwarb durch die internationalen Büros verhältnismässig wenig zusätzliche Arbeitsplätze, die Schweiz hingegen «une confortable retraite à ses hommes publics fatigués de la politique», wie sich ein französischer Diplomat ausdrückte. Denn als Direktoren wurden häufig amtsmüde Schweizer Magistraten gewählt. Sie wichen so – im wesentlichen auf Kosten des Auslandes – am Ende ihrer Karriere den Unzukömmlichkeiten aus, welche die eher niedrigen Gehälter der Landesregierung und das Fehlen einer Pensionskasse für Bundesräte vor dem Ersten Weltkrieg verursachten. So wurden die Bundesräte Eugène Borel, Eugène Ruffy und Camille Decoppet Direktoren des Weltpostvereins, Numa Droz und Ludwig Forrer Direktoren des Zentralamtes für den internationalen Eisenbahntransport, Emil Frey Direktor des internationalen Büros der Telegrafenverwaltungen und Robert Comtesse Direktor des internationalen Büros für gewerbliches, literarisches und künstlerisches Eigentum. Bundesräte aus dem Kanton Bern finden sich in dieser Liste allerdings nicht. Der bernische Erziehungsdirektor Albert Gobat leitete – neben seiner Tätigkeit als Regierungsrat – bis 1906 das Sekretariat der interparlamentarischen Union und nachher das internationale Friedensbüro. Für diese pazifistischen Bemühungen erhielt er 1902, zusammen mit dem in Bern ansässigen Genfer Elie Ducommun, den Friedensnobelpreis.

Die internationalen Organisationen verzichteten in Bern auf eigene Repräsentationsbauten und begnügten sich mit gemietetem Raum. So fielen sie im Stadtbild erst auf, als sie 1909 auf der Kleinen Schanze mit dem Weltpost-Denkmal und 1922 auf dem Helvetiaplatz vor dem Historischen Museum mit dem Welttelegrafen-Denkmal vor die Öffentlichkeit traten. Damals zog Bern schon kaum mehr weitere internationale Vereinigungen an, und es unterlag zum Beispiel Den Haag beim Bemühen um den internationalen Schiedshof. Andere Kleinstaaten, namentlich Belgien, liefen nun der Schweiz und Bern den Rang ab<sup>39</sup>.

